

Rede zur Umweltzone Ruhr (Plenarsitzung vom 21.02.2008)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. – Als nächster Redner hat der Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Gäste! Wenn wir das ernst nehmen könnten, was Umweltminister Uhlenberg heute Morgen erzählt hat, dann wären wir einen Schritt weiter. Von Sprüngen will ich erst gar nicht reden. Gesprungen wird in dieser Angelegenheit sowieso nicht, weder in Springprozeptionen in irgendeine Richtung noch in die richtige Richtung.

Herr Uhlenberg, es wäre sicherlich wünschenswert, wenn Sie das tun würden, was Sie gesagt haben, nämlich eine vernünftige Umweltpolitik, eine umfassende Umwelt- und Energiepolitik. Dazu habe ich übrigens auch Sätze von den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen vermisst. Aber darum geht es nämlich eigentlich. Wir brauchen eine andere Energie- und Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. Natürlich brauchen wir diese auch konkret im Ruhrgebiet. Auch Zonen stellen keine wirkliche Lösung des Problems dar. Wir müssen vielmehr eine umfassende Politik machen, auch wenn eine Umweltzone Ruhr einiges nach vorn bringen würde.

Was die Landesregierung jetzt hierzu auf den Weg gebracht hat, das ist natürlich völlig kontraproduktiv. Man sieht, dass Herr Uhlenberg vor den Interessen der Wirtschaft eingeknickt ist. Diese CDU/FDP-Umweltzone Ruhr ist eine Zone für Industrie- und Autoverkehrsschutz, aber nicht für Umweltschutz. Das ist das Ergebnis. Es ist klar, dass die jetzt vorgeschlagenen Teillösungen dazu führen werden, dass der Autoverkehr umgelenkt wird und Autofahrerinnen und Autofahrer sich Wege durch die Wohnviertel suchen werden. Das wird die konkrete Folge dessen sein, was Sie hierzu vorgeschlagen haben und umsetzen wollen.

Wir haben drei große Areale in Duisburg, Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen und Dortmund, für die Sie Teillösungen anstreben, und zwei Minizonen in Bottrop und Gelsenkirchen. Es soll aber eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen geben. Das gilt für alle Autobahnen und für wichtige Bundesstraßen, es soll Anliegerregelungen und Ausnahmeregelungen für große Logistikzentren wie die Häfen in Dortmund und in Duisburg und für gewerblich genutzte Fahrzeuge geben. All diese Regelungen stellen natürlich keine Lösungen dar.

Die „WAZ“ schreibt, über Menschen werde kaum gesprochen, über die Erreichbarkeit von Innenstadtgeschäften umso mehr. Daran wird deutlich, dass wir auch Überlegungen in Richtung autofreie Innenstädte anstellen müssen. Diese Überlegungen müsste man viel stärker nach vorne bringen. Zu diesem Thema habe ich von den Oppositionsfraktionen wenig darüber gehört, ob sie bereit sind, auch in diese Richtung zu gehen und darüber nachzudenken.

Wir brauchen nämlich in der Tat eine andere Verkehrspolitik, die viel stärker auf den öffentlichen Personennahverkehr setzt, die wekommt vom Autoverkehr und die den Leuten tatsächlich die Möglichkeit gibt, kostengünstig umzusteigen.

Deshalb brauchen wir für Leute, die nicht so viel Geld in der Tasche haben, ein Sozialticket im öffentlichen Nahverkehr, damit sie die Möglichkeit haben, mobil sein zu können und auch die Ecken im Land erreichen zu können, die sie erreichen wollen. Auch das muss im Ruhrgebiet umgesetzt werden.

Ich sehe hierzu auch bei den anderen Fraktionen im Landtag bisher relativ wenig an Lösungsansätzen.

Ich wünschte mir, dass der Umweltminister tatsächlich eine umfassende und vernünftige Energie- und Verkehrspolitik betreiben würde. Dabei geht er leider in die völlig falsche Richtung. Die vorgeschlagenen Teillösungen zur Umweltzone sind ein Witz. Das ist keine Umweltpolitik, sondern das ist Wirtschaftspolitik pur.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Ministerin Thoben das Wort.